

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 84 (2013)
Heft: 2: Arbeit vor Rente : Sozialpolitik muss mehr sein als Finanzpolitik

Artikel: Die sechste IV-Revision will die Integration der IV-Rentner fördern : eine umfassende Behindertenpolitik statt eines Finanzflickwerks
Autor: Tremp, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-804255>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die sechste IV-Revision will die Integration der IV-Rentner fördern

Eine umfassende Behindertenpolitik statt eines Finanzflickwerks

Das eidgenössische Parlament debattiert immer wieder über die Invalidenversicherung. Dabei braucht unser Land vor allem eine umfassende Behindertenpolitik.

Von Urs Tremp

Am Ende war der St. Galler CVP-Nationalrat Christian Lohr sichtlich erleichtert. Bis zuletzt hatte er nicht sicher sein können, ob die grosse Kammer des schweizerischen Parlaments nicht doch die harte Tour einschlagen und auf Kosten der Menschen mit Behinderung den dicken Rotstift ansetzen würde. Nicht zuletzt dank ihm, dem als Contergan-Opfer einzigen Rollstuhlfahrer im National- und Ständerat, entschied die grosse Kammer im letzten Dezember aber, dass auch künftig

ab 70 Prozent Invalidität (und nicht erst ab 80) eine ganze Rente auszubezahlen ist.

Menschen mit Beeinträchtigung werden zu Objekten der wirtschaftlichen Grosswetterlage.

Die Frage, ob die Vollrente ab 70 oder erst ab 80 Prozent Invalidität berechtigt ist, war in der vergangenen Wintersession des eidgenössischen Parlaments zwar der um-

strittenste Punkt bei der Diskussion um die Sanierung der Invalidenversicherung (IV). Aber es ging, wie immer bei Debatten um die Sozialversicherungen, auch um ganz grundsätzliche Fragen:

- Haben wir überhaupt das Geld für eine IV, wie wir sie uns derzeit leisten?
- Haben tatsächlich alle Menschen, die eine IV-Rente beziehen, auch Anrecht darauf?
- Was ist den Betroffenen zuzumuten?

- Muss der Staat nicht anderswo zuerst sparen, bevor er auf Kosten der Menschen mit Behinderung spart?

Statt Behindertenpolitik Finanzpolitik

Die Stossrichtung «Arbeit (oder Eingliederung) vor Rente» ist dabei die Lösung, die von politisch links bis rechts seit einigen Jahren mitgetragen wird. Will heissen: Für IV-Bezügerinnen und -Bezüger soll sich Arbeit in jedem Fall lohnen. Bislang erhielten IV-Rentner manchmal weniger Geld, wenn sie eine Teilzeitstelle annahmen. Von «Fehlansätzen» reden deshalb jene gerne, die sich nicht vorstellen können, dass Menschen mit einer Beeinträchtigung fürs Leben gern arbeiten würden.

So einleuchtend und eingängig der Slogan «Arbeit vor Rente» anmutet, so schwierig ist er umzusetzen. «Der Grundsatz «Eingliederung vor Rente» ist für mich unbestritten der richtige», sagt Nationalrat Lohr. «Aber es entspricht der Realität, dass Menschen mit einem starken Handicap kaum Chancen haben, auch nur eine Teilzeit-Arbeitsstelle zu bekommen.» Tatsächlich liegt die Gefahr darin, dass eine Behindertenpolitik, die sich auf die permanente Anpassung der Invalidenversicherung beschränkt, zur reinen Finanzpolitik gerät. Die gesellschaftliche Dimension wird dabei ausgeblendet. Das heisst auch: Die Politik macht die Menschen mit Beeinträchtigung zu Objekten der wirtschaftlichen Grosswetterlage. Lohr fordert darum «ein Konzept für eine umfassende Behindertenpolitik».

Schon 1960, als die Schweiz die IV einführte, war die Integration von Menschen mit Beeinträchtigung in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft ein zentraler Gedanke. Druck gemacht hatten Mitte der Fünfzigerjahre zwei Volksinitiativen der Sozialdemokratischen Partei (SP) und der Partei der Arbeit (PdA), die ausdrücklich die «Eingliederung der erwerbs- und teilerwerbsfähigen Invaliden ins Erwerbsleben» forderten. Der Berner SP-Nationalrat Walter Stünzi meinte 1954 im Parlament: «Es geht nicht allein darum, invalid geborene oder arbeitsunfähig gewordene Menschen vor der schlimmen Not der Armennot zu schützen, sondern ebenso sehr darum, möglichst vielen Behinderten eine ausreichende ärztliche Betreuung und berufliche Ausbildung zu ermöglichen, damit sie wieder arbeits- und erwerbsfähig werden.»

«Rente vor Arbeit» darf keine hohle Phrase sein. Der Slogan muss Praxis werden.

Integration nur, wenn es die Umstände erlauben

Was die Politikerväter freilich zu wenig bedachten: dass sie die Eingliederung nicht ohne die Rahmenbedingungen betrachten können. Der Historiker Urs Germann weist in einem Aufsatz zum 50. Geburtstag der IV vor zwei Jahren darauf hin, dass in

den Fünfzigerjahren «der Konnex von Konjunktur, Arbeitsmarkt und individueller Eingliederungschance nur am Rande zur Sprache kam». Man glaubte offenbar in den Frühjahren der Hochkonjunktur an ein langes wirtschaftliches Wachstum und an das soziale Verantwortungsgefühl und die Freiwilligkeit der Arbeitgeber. Dabei sei bis heute, meint Germann, «der Eingliederungsgedanke ein stark kontextgebundenes Phänomen». Überspitzt gesagt: Integration nur dann, wenn es die Umstände erlauben. Die Gefahr besteht, dass diese Falle auch bei der noch nicht abgeschlossenen Diskussion um die sechste IV-Revision wieder zuschnappt. Das Ergebnis: Es geht keinen Schritt vorwärts, im besten Fall findet die Revision einen Schlüssel, die IV über die nächsten Jahre zu retten, ohne dass die Eingliederungsmöglichkeiten verbessert werden.

«Rente vor Arbeit» darf keine leere Phrase bleiben. Der Slogan muss zur Praxis werden. Die Chancen auf Integration haben sich in den letzten zwanzig Jahren verschlechtert. Diesen Trend muss die Sozialpolitik umkehren. Der Weg über die IV-Revision ist das eine. Die von Lohr geforderte «umfassende Behindertenpolitik» das andere. ●



Nationalratssaal im Bundeshaus: Die Rahmenbedingungen für die Eingliederungschancen kamen schon vor über fünfzig Jahren nur am Rand zur Sprache.